

Zehntausend — werden sodann numeriert und in sogenannten Rechtsbehelf-Listen zusammengefaßt. Sie bleiben so lange liegen, bis das Verfassungsgericht entschieden hat.

Erklärt Karlsruhe die 36-Pfennig-Pauschale für verfassungswidrig, erhalten die Listen-Kandidaten die zu viel gezahlten Steuern zurück.

Hingegen ist das Risiko für den Fall, daß Karlsruhe die niedrige Pauschale für Rechtsens erklärt, relativ gering. Zwar müßten dann jene, die Einspruch einlegten, ihrem Finanzamt für den ablehnenden Bescheid eine Gebühr entrichten. Aber die Beträge sind gering. Bei einem Streitwert von 300 Mark würden die Finanzbehörden höchstens sechs Mark berechnen.

Selbst auf diesen Obolus, so hieß es bei der Oberfinanzdirektion in Köln, müßte die Verwaltung „aus Billigkeitsgründen“ wohl verzichten.

KONJUNKTUR

SACHVERSTÄNDIGENRAT

Keusche Natur

Mit einem Standardbrief für 30 Pfennig Porto sagte sich der Saarbrücker Professor Wolfgang Stützel, 43, von der Verantwortung für die westdeutsche Konjunktur los.

Am Donnerstag vorletzter Woche kündigte Stützel, Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften an der Universität des Saarlandes, schriftlich seine Mitarbeit im Bonner „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ auf. Der Professor bat den Bundespräsidenten, ihn von dem „ehrenvollen Amt“ zu entbinden.

Von sofort an muß der Rat, den Heinrich Lübke 1963 aufgrund eines



Ausgeschiedener Gutachter Stützel
Im Herzen gegen Mark-Aufwertung

neuen Gesetzes berief und dem ständig fünf unabhängige Mitglieder mit „besonderen wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnissen und volkswirtschaftlichen Erfahrungen“ angehören sollen, mit vier Gutachtern auskommen. Stützel verließ die sogenannte Runde der fünf Weisen, als sie gerade ihren Jahresbericht zur wirtschaftlichen Lage der Nation vorbereitete. In zwei Monaten ist er fällig.

Regierung, Parlament und Wirtschaft der Bundesrepublik erwarten das diesjährige Gutachten mit besonderer Spannung, weil sie sich davon Antwort auf eine Schicksals-Frage der Nation erhoffen: ob die Mark aufgewertet werden soll oder nicht.

Auch Wirtschafts-Staatssekretär Johann Baptist Schöllhorn meint: „Dazu wird sich der Sachverständigenrat wohl oder übel erklären müssen.“

Schöllhorns Chef Schiller hat durch Milliarden-Spritzen Westdeutschlands zeitweilig kränkelnde Wirtschaft saniert. Bei stabilen Preisen steigen Beschäftigung und Produktion wieder steil an. Und da die Handelspartner USA, England und Frankreich von heftiger Geldentwertung befallen sind, können deutsche Exporteure derzeit billiger liefern als die ausländische Konkurrenz.

Um die deutsche Ausfuhr offensive abzuwehren, verlangen die Partnerländer eine Aufwertung der Mark: Exporte aus der Bundesrepublik sollen dadurch verteuert, Importe nach Deutschland erleichtert werden.

Aber die Aufwertung wäre eine Strafe für Deutschlands Preisdisziplin und würde den florierenden Export bremsen. Volkswagen-Chef Kurt Lotz zum Beispiel sähe dann seine Käfer im Kampf gegen billigere Fiats und Renaults unterliegen. Eine Mark-Aufwertung, so Lotz zum SPIEGEL, sei zur Zeit die „schwerste aller Gefahren“ für VW.

Über den Wechselkurs der Mark zerstritten sich auch die fünf Konjunktur-Räte der Bundesregierung. Schon 1966 hatte Mitgutachter Herbert Giersch, wie Stützel Professor an der Universität Saarbrücken, für einen veränderlichen Kurs plädiert:

- ▷ Der Preis der Mark an den internationalen Devisenmärkten solle jeweils um fünf Prozent steigen oder sinken dürfen, ohne daß die Bundesbank einschreite. Bisher stoppt sie alle Schwankungen, die größer sind als dreiviertel Prozent.
- ▷ Die Bundesbank solle eine „generelle Erlaubnis zu Paritätsänderungen“ erhalten. Derzeit muß die Bundesregierung die Zustimmung des Internationalen Währungsfonds einholen, wenn sie auf- oder abwerten will.

Für solche Empfehlungen wollte Stützel nicht ein zweitesmal mit seinem Namen herhalten; denn er sei, so bekannte er in der vergangenen Woche, „im Herzen gegen eine Aufwertung“.

Sein Kontrahent Giersch, der sein Gutachter-Amt wie ein Schatten-



Amtierender Gutachter Giersch
Offen für freie Wechselkurse

Wirtschaftsminister verwalten und der Regierung konkrete Vorschriften machen möchte, spöttelte über die professorale Zurückhaltung des Kollegen: „Es gibt eben Leute, die ihre Gutachten in der Art von Lehrbüchern abfassen wollen.“

Giersch („Stützel ist mir einer der liebsten Kollegen“) will nicht wahrhaben, daß die Frage der Aufwertung für den Rücktritt mit entscheidend war. Er begründet die Schwierigkeiten vielmehr mit unterschiedlichen Auffassungen über die Arbeitsweise des Gremiums.

Über Details mag sich auch Lehrbuch-Autor Stützel („Volkswirtschaftliche Saldenmechanik“) nicht äußern. Er beruft sich auf den Paragraphen zehn des Gutachtergesetzes, der ihn zum Schweigen verpflichtete, und obendrein auf seine „keusche Natur“.

Der keusche Stützel ist bereits der dritte Gutachter, der es in der Konjunkturrunde nicht länger aushielt. Im Frühjahr 1966 ging ihm der Bonner Wirtschaftsprofessor Fritz W. Meyer voran, weil er die „vielen Nachtsitzungen bis zum Morgengrauen“ leid war.

Im Februar dieses Jahres zog sich auch der Stuttgarter Wirtschaftsprüfer und Ex-Staatssekretär Dr. Paul Binder aus dem Sachverständigenrat zurück, weil er „die Art und Weise, wie die Herren ihre Geschäfte führen, einfach unerträglich“ fand. Sein vorgerücktes Alter, 66, so gibt er heute zu, habe er damals nur vorgeschützt.

Zwar füllte der Bundespräsident die Fünferrunde jeweils wieder auf, aber für Stützels Nachfolge hat ihm die Regierung bis jetzt noch nicht einmal einen Kandidaten vorgeschlagen.

Zu viert müssen die Gutachter nun ihren Bericht über Einkommen und Beschäftigung, Preise und Investitionen fertigschreiben und den dickleibigen Band laut Gesetz bis zum 15. November abliefern.

Wolfgang Stützels Hilfe glaubt Gutachter Giersch, der andererseits über Arbeit bis an den Rand der physischen Erschöpfung klagt, dabei leicht entbehren zu können: „Da ist doch nichts dran, wenn einer austritt.“